

## Neue englische Bücher über Gewerkschaftsprobleme

Die reiche englische Literatur über das Gewerkschaftswesen erfährt durch einen ständigen Strom neuer Bücher nicht nur eine Vermehrung, sondern auch eine Aktualisierung älterer Veröffentlichungen durch publizistische Verwertung neuerer und neuester Erfahrungen. Auf einige von ihnen sei hier die Aufmerksamkeit gelenkt.

*Victor Allen* ist ein früherer Bauarbeiter und Gewerkschaftsfunktionär, dem es später gelang, sich zum Universitätsstudium durchzuarbeiten, der eine Zeitlang im Genfer Internationalen Arbeitsamt tätig war und jetzt als Dozent für Volkswirtschaft an der Universität Leeds wirkt. In seinen früheren Büchern hat er die innere Organisation und den Aufbau der britischen Gewerkschaften vergleichsweise dargestellt. Sein neuestes Buch „*Trade Unions and the Government*“ (Verlag Longmans, London 1960, 326 S., 35 Shilling) behandelt die Beziehungen der Gewerkschaften zur Umwelt, vor allem zur jeweiligen Regierungsgewalt. Es ist mehr eine wenn auch nicht unkritische historische Darstellung als ein Buch, das Reformvorschläge macht oder an gegenwärtige Auseinandersetzungen über das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung sowohl zur Labour Party als auch zur konservativen Regierung anklingt. Aber *Allen* hat mit ungeheurem Fleiß eine riesige Menge von Tatsachen zusammengetragen, die den historischen Werdegang eindrucksvoll beleuchten. Seine Betrachtung der Beziehungen von Selbsthilfe-Organisationen der Arbeiterschaft zu den Regierungsinstanzen, die die Gewerkschaften lange ignorieren zu können vermeinten, setzt noch in der Zeit vor der industriellen Revolution ein. Von dem ursprünglichen Ignorieren über die jahrzehntelangen Kämpfe um Anerkennung führt ein langer Weg zu dem heutigen Zustand, bei dem die Gewerkschaften an nicht weniger als 65 Regierungskörperschaften, Beiräten und Kommissionen der verschiedensten Art teilnehmen. Hier ist ein wichtiges Kapitel das Verhalten des Staates als Arbeitgeber, seine Einstellung sowohl den Gewerkschaftsorganisationen der Staatsangestellten im engeren Sinne gegenüber als auch sein Verhalten dort, wo er „der größte Arbeitgeber im Lande“ ist, in der nationalisierten Industrie. Die britischen Bergarbeiter oder Eisenbahner sind nicht Staatsangestellte im strikten Wortsinn. Ihre Arbeitgeber, die Bergbauzentrale oder die Staatsbahnen, sind selbständige Wirtschaftskörper, für die aber ein Ressortminister im Parlament einzustehen hat, wenn auch nicht jede administrative Entscheidung Gegenstand staatlicher oder parlamentarischer Kontrolle ist.

Weiter erörtert *Allen* die Frage der Streiks, der politischen Streiks, die in England heute praktisch keine Bedeutung haben, was aber nicht immer der Fall war, der Streiks gegen den Staat oder gegen die öffentliche Hand als Arbeitgeber. Sehr genau wird die Haltung der Gewerkschaftsbewegung zu den drei Arbeiterregierungen erörtert, die Großbritannien bisher hatte (1924, 1929 bis 1931, 1945 bis 1951) und in der jedesmal wichtige Repräsentanten der Gewerkschaftsbewegung saßen, wenn auch der Gewerkschaftsbund selbst einer absolut arbeiterfreundlichen Regierung gegenüber auf seine Selbständigkeit und Entschlußfreiheit gepocht hat.

So interessant diese durch genaue Angaben der Position der einzelnen einem gewerkschaftlichen Milieu entstammenden Minister und ihrer Verbandszugehörigkeit ergänzten Erörterungen sind, ist vielleicht das Kapitel noch wertvoller, in dem *Allen* das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zu den verschiedenen konservativen Regierungen erörtert, die seit 1951 im Amte sind. Trotz ihrer Bindung an die Arbeiterpartei sind die Gewerkschaften einer konservativen Regierung gegenüber nicht in einer grundsätzlichen Opposition, sondern präzisieren ihre Haltung von Fall zu Fall, wobei sie normale Beziehungen zur jeweils im Amt befindlichen Regierung als selbstverständlich annehmen. Das war aber eigentlich immer, auch in den Jahrzehnten, die mit schweren Arbeitskämpfen erfüllt waren, die die Gewerkschaften in scharfen Gegensatz zu der

damals die Arbeitgeber deutlich patronisierenden Staatsgewalt brachten, die Einstellung der Gewerkschaftsbewegung. Neu daran ist, daß angesichts der überragenden Stellung, die sich die Gewerkschaften erkämpft haben, auch die konservative Regierung Wert darauf legt, sie zumindest in der Form nicht zu provozieren. So haben die Konservativen nie bekannte Scharfmacher zu Arbeitsministern ernannt. Der erste Arbeitsminister *Churchills* nach dem Krieg, *Walter Monckton*, ist ein Mann, der sich wegen seiner Objektivität auch des vollen Vertrauens der Gewerkschaftsbewegung erfreute und mit ihr nie Konflikte hatte. Von *Allen* erfahren wir nun, daß *Monckton* ihm anvertraut hat, er habe *Churchills* Berufung nur unter der Bedingung angenommen, daß man ihm vollkommen freie Hand lasse; sollte sich im Kabinett Widerspruch gegen seine Politik erheben, würde er sofort zurücktreten. *Allen* hat die Empfindung, daß sich unter den späteren Premierministern *Eden* und *Macmillan* die ursprünglich „liberale“ Haltung den Gewerkschaften gegenüber versteift habe. Das mag damit zusammenhängen, daß die konservative Regierung inzwischen eine breitere parlamentarische Basis erhalten hat und daher nicht mehr glaubte, so viele Rücksichten nehmen zu müssen. Aber das Entscheidende ist etwas anderes, was *Allen* auch hervorhebt, ja was geradezu die Schlußfolgerung seines Buches ist. In der Form ist man den Gewerkschaften entgegengekommen. An eine gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung, die geradezu das Symbol für die konservativen Regierungen der Vorkriegszeit war, hat nach 1951 niemand mehr gedacht. Aber auf die Forderungen der Gewerkschaften nach einer sozialeren oder einer weniger antisozialen Wirtschaftspolitik hat man in keinem Punkt Rücksicht genommen. So groß die Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft auch geworden ist, sie trifft nicht die wirtschaftlichen Entscheidungen, sie beherrscht nicht die Kommandohöhen der Wirtschaft.

Fast gleichzeitig ist ein anderes Buch erschienen, das nahezu das gleiche Thema behandelt und dessen Verfasser man das Gegenstück zu *Allen* aus dem anderen Lager nennen könnte (*D. F. Macdonald*, „*The State and the Trade Unions*“, Verlag Macmillan, London 1960, 200 S., 21 Shilling). *Macdonald* war lange Beamter einer großen Arbeitgeberorganisation und ist jetzt Professor für moderne Sozialgeschichte an einer schottischen Universität. Aber auch ein Gewerkschaftsfunktionär könnte die Dinge nicht objektiver und unvoreingenommener behandeln, als es *Macdonald* tut, der sich hüten würde, in den Fehler gewisser deutscher Professoren zu verfallen, die den Gewerkschaften gern von oben herab Ratschläge geben. Der Großteil seiner Betrachtungen ist historischen und beschreibenden Charakters, wobei er in der Schilderung der Beziehungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Staatsgewalt ähnlich wie *Allen*, nur weniger detailliert, gleich einige Jahrhunderte zurückgeht. *Macdonald* hält es für wahrscheinlich, daß der Britische Gewerkschaftsbund, der heute auch den angeschlossenen Verbänden gegenüber nur das Recht des freundschaftlichen Zuspruchs hat, in Zukunft mit größeren Kompetenzen ausgestattet werden und nach schwedischem Muster als selbständiger Verhandlungsfaktor auftreten wird; dazu kann man nur sagen, daß bisher eine Bereitschaft der einzelnen Verbände, auf einen Teil ihrer Handlungsfreiheit zu verzichten, noch nicht zu bemerken ist. In seinen Schlußbetrachtungen kommt der Autor kurz auf das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zur Labour Party zu sprechen. Die Gewerkschaften hätten vor allem eine wirtschaftliche, nicht eine politische Mission. Trotzdem müsse man ihnen das Recht zuerkennen, sich, falls das dem Wunsch der Mitgliedschaft entspricht, einer bestimmten politischen Partei zu verschreiben. Nach *Macdonalds* Überzeugung werden die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeiterpartei in der nahen Zukunft keine grundlegende Änderung erfahren, aber sich neuen Situationen und Notwendigkeiten anpassen.

Mitten in die heutigen politischen Auseinandersetzungen innerhalb der britischen Labourbewegung führt uns ein drittes Buch, wiewohl es die letzte Entwicklung — die

erste Niederlage der Parteiführung durch gewerkschaftliche Stimmen auf dem Parteitag 1960 — noch nicht mit in Betracht ziehen kann: *Martin Harrison*, „*Trade Unions and the Labour Party*“ (Verlag Allen & Unwin, London 1960, 360 S., 32 Shilling). *Martin Harrison* ist ein junger, an der Universität Oxford tätiger Forscher, dessen Sympathien zur Gewerkschaftsbewegung offenkundig sind, ohne daß diese ihn vom Pfad der Objektivität wegführen würden. Sein Buch ist deshalb so wichtig, weil es die erste systematische Untersuchung der Beziehungen zwischen Labour Party und Gewerkschaften ist, die jeder künftigen Forschung Richtschnur sein wird. Ist es wahr, daß die britische Arbeiterpartei von den Gewerkschaften beherrscht wird, daß diese dort einen Einfluß ausüben, den die einen „mäßiger“, die anderen „rechtsgerichtet“ nennen? Stimmt es, daß einige wenige Gewerkschaftsführer mit Hilfe der Blockstimmen, über die sie verfügen, der Partei auch gegen den Willen der Mitgliedschaft ihrer eigenen Verbände den Willen aufzwingen können? Diese und viele andere Fragen werden von *Harrison* auf Grund eines riesigen Materials beantwortet. Auf eine kurze Formel gebracht, lautet die Antwort „Nein“.

Was zunächst die Frage betrifft, ob die Gewerkschaften die Partei beherrschen, weil sie sie „bezahlen“ — ein unsinniger, aber manchmal gehörter Einwand —, verweist *Harrison* darauf, daß manche Gewerkschaften, darunter auch solche, die der Labour Party nicht angeschlossen sind, „politische Beiträge“ neben den normalen erheben und sie zum Aufbau von Fonds für politische Aktionen verwenden, die sich gegebenenfalls von ihrem Standpunkt aus als notwendig erweisen, die aber der Arbeiterpartei gar nicht zufließen. (Sie würden aber nie für eine gegen die Labour Party gerichtete politische Aktion eingesetzt werden können.) 70 vH der Einkünfte der Arbeiterpartei rühren aus den an sie abgelieferten „politischen Beiträgen“ von Mitgliedern von Gewerkschaften her, die Kollektivmitglieder sind. Der einzelne hat natürlich das Recht, für sich den Kollektivbeitritt nicht mitzumachen; dann zahlt er auch den „politischen Beitrag“ nicht, hat jedoch alle Rechte als Gewerkschaftsmitglied. Es ist aber kein Fall bekanntgeworden, daß die Überführung ziemlich bedeutender Geldmittel an die Labour Party — ziemlich bedeutend, wiewohl der Beitrag des einzelnen lächerlich klein ist — von der Erfüllung bestimmter politischer Wünsche oder vom Einschlagen einer bestimmten Politik abhängig gemacht worden wäre. Die Gewerkschaften, die Kollektivmitglieder sind (und die größten sind es alle), halten es einfach für von ihrem Standpunkt aus nützlich und vorteilhaft, sich diesen politischen Einfluß zu sichern.

Aus den Untersuchungen von *Harrison* geht hervor, daß eine ständige und festgefügte Einheitsfront der sechs größten Gewerkschaften (Transportarbeiter, Gemeindearbeiter — diese Namen sind irreführend, weil die beiden Verbände Arbeitnehmer aller Kategorien organisieren —, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Ladenangestellte und Eisenbahner) die Labour Party durch ihre gewaltige kombinierte Stimmenzahl tatsächlich beherrschen könnte. Aber es ist schon deshalb nicht der Fall, weil eben diese sechs nie gleich abstimmen. Einmal unterstützen einige von ihnen die offizielle Linie, ein anderes Mal nicht. Der oft gehörte Vorwurf, daß die „Dampfwalze“ der Gewerkschaftsstimmen, die blockweise abgegeben werden, d. h. für die gesamte angemeldete Mitgliedschaft, die Stimmen der eigentlichen Parteiorganisationen „vergewaltige“, ist durch die Tatsachen widerlegt. Früher hat eine aus Transport-, Gemeinde- und Bergarbeitern bestehende Koalition, der sich gewöhnlich andere Verbände angeschlossen, meist die offizielle Linie der Parteiführung unterstützt und ihr oft zum Durchbruch verholfen, aber in den letzten Jahren, d. h. seit *Frank Cousins* Generalsekretär des Transportarbeiterverbandes ist, war das meist nicht der Fall. Es ist auch keineswegs so, daß das vermeintliche „revolutionäre Feuer“ der Parteiorganisationen von den Blockstimmen der Gewerkschaften erstickt wird, wenn auch im allgemeinen, was ja nur natürlich ist, die gewerkschaftlichen Stimmen eher für Vorschläge abgegeben werden, die sich auf dem Boden der Tatsachen

bewegen. Die Methoden, mit denen Gewerkschaften ihre Haltung zu den einzelnen politischen Fragen festlegen, sind verschieden. Wenn dann auf dem Parteitag 600 000 oder 800 000 Stimmen einer einzelnen Gewerkschaft für oder gegen einen bestimmten Vorschlag lauten, kann das natürlich nicht bedeuten, daß das die Einstellung aller Mitglieder widerspiegelt — aber in jedem einzelnen Falle sind der endgültigen Entscheidung Diskussionen und Abstimmungen innerhalb der Verbände vorangegangen.

Es gibt sowohl „linke“ als auch „rechte“ Gewerkschaften, und das gleiche gilt für die Ortsgruppen der Labour Party. Entscheidungen auf Parteitag werden dann durch Koalitionen Gleichgesinnter aus beiden Lagern getroffen, wobei es nur natürlich ist, daß die Gewerkschaften mit ihren hohen Blockstimmen mehr umworben werden. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob eine Haltung, die von England den einseitigen Verzicht auf Kernwaffen verlangt, eine „linke“ Einstellung verrät. Sie ist aber jedenfalls eine, die zur parteioffiziellen in Opposition war. Nach Abschluß von *Harrisons* Buch und daher von ihm noch nicht mitverarbeitet, aber seine Beobachtungen bestätigend, ist die Entscheidung des Parteitages von 1960: Der Parteivorstand blieb in der Minderheit, er hatte — soweit sich das berechnen läßt — die Mehrheit der gewerkschaftlichen Stimmen gegen sich, aber in der ihn unterstützenden Minderheit steckte die Mehrheit der Stimmen der Parteioorganisationen.

*Harrison* weist nach, daß die Abstimmungsweise, d. h. daß sowohl am alljährlichen Gewerkschaftskongreß als auch am Parteitag der Labour Party die einzelnen Gewerkschaften einheitlich „Pro“ oder „Contra“ stimmen, einfach auf Gewohnheitsrecht und nicht auf Statut beruht. Die einzelnen Gewerkschaften könnten theoretisch auch ihre Stimmen teilen nach der Einstellung der Mitgliedschaft, soweit feststellbar: soundso viel Prozent Ja, soundso viel Nein. Aber sie haben das nie für praktisch gehalten. Daß dem bestehenden System manche Mängel anhaften, wird von niemandem geleugnet, aber auf Grund seiner sorgfältigen Untersuchungen kommt auch *Harrison* zu keinem Vorschlag, wie man es anders machen sollte. Der Wert seiner Betrachtungen beruht auch gar nicht sosehr auf seinen Schlußfolgerungen als in der Zusammentragung der Tatsachen und Zahlen, die hier so präsentiert werden, daß sie eine abgerundete Geschichte der Labourbewegung von 1945 bis 1959 ergeben.

Schließlich sei noch eine wichtige neue englische Veröffentlichung genannt, deren Thema über die gewerkschaftlichen Probleme eines Landes hinausgeht. *R. Colin Beever*, Beamter der Studienabteilung des britischen Metallarbeiterverbandes (Amalgamated Engineering Union) hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Haltung der gesamten europäischen Gewerkschaftsbewegung zu den Fragen der europäischen Integration im Prinzip und im Detail darzustellen. Sein Buch „*European Unity and the Trade Union Movements*“ (Leyden 1960, 304 S., 15,90 holl. Gulden) verdankt einem Stipendium des Europarates seine Entstehung. Es füllt tatsächlich eine empfindliche Lücke. *Beever* schreibt vom Standpunkt eines europäisch gesinnten und nach tatkräftiger internationaler Zusammenarbeit verlangenden Freigewerkschafters, aber sein Buch ist weniger eine Streitschrift für eine rasche Verwirklichung eines einheitlichen Europa, wie es sich Gewerkschaftsfunktionäre wünschen würden, als eine gründlich und mit Bienenfleiß gearbeitete Beschreibung der Probleme, der Organisationen, der Institutionen, der gewerkschaftlichen Zielsetzungen und der gewerkschaftlichen Einflußmöglichkeiten. Es enthält eine Reihe von Informationen allgemeiner Natur über Fragen der internationalen gewerkschaftlichen Organisation, deren Kenntnis zum Verständnis notwendig sind, ohne direkten Bezug auf das Thema zu haben: die Entstehungsgeschichte des IBFG, die Taktik des Weltgewerkschaftsbundes und der Aufbau der Christlichen Gewerkschaftsinternationale. Da *Beevers* Buch von Europa handelt, werden die Europäische Regionalorganisation des IBFG (ERO) und die gewerkschaftlichen Ausschüsse im Rahmen der Kohlen- und Stahlgemeinschaft und des Gemeinsamen Marktes besonders eingehend beschrieben. Das

führt natürlich zu einer Besprechung der gewerkschaftlichen Haltung sowohl auf der innerstaatlichen als auch auf der europäischen Ebene zu den Gesamtfragen der Integration und zu Einzelfragen, wie der Überbrückung des Gegensatzes zwischen den „Sechs“ und den „Sieben“, der freilich im Zeitpunkt des Abschlusses des Buches (Ende 1959) noch leichter aus der Welt zu schaffen schien als heute. Für den Ernst, mit dem der Verfasser an seine Arbeit herangegangen ist, zeugt insbesondere das Abschlußkapitel, in dem er die Einstellung der Gewerkschaften von Land zu Land untersucht. Das dem DGB gewidmete ausführliche Kapitel zeigt *Beever* als eifrigen Leser der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*.

Besonders aufschlußreich sind die Untersuchungen des Verfassers über die Haltung oder Haltungslosigkeit der kommunistisch dirigierte Gewerkschaften. Für den von Moskau gegängelten Weltgewerkschaftsbund sind natürlich alle Integrationsbestrebungen nichts anderes als eine Vorbereitung des Monopolkapitals zu einem Angriff auf die Sowjetunion; in den theoretischen Auslassungen zu der Frage kommt auch die bloße Möglichkeit, daß das Ziel die Erhöhung des Lebensstandards, die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sein könnte, nicht zum Ausdruck. Aber die Praxis ist stärker als selbst eine totalitär dirigierte Doktrin. Die größten Gewerkschaftszentralen in Frankreich und Italien gehören dem Weltgewerkschaftsbund an. Die italienische CGIL sah sich angesichts der handgreiflichen Vorteile, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dem Land bietet, gezwungen, die negative Haltung aufzugeben und sich zumindest äußerlich positiv einzustellen. Ihr damaliger Generalsekretär war bis zu seinem Ableben zugleich Präsident des WGB, dessen Generalsekretär *Saillant* auf dem letzten Kongreß in Leipzig (1957) den Gemeinsamen Markt pflichtschuldigst verdammt hatte. Das geschah aber nur im Tätigkeitsbericht; eine die EWG ablehnende Entschließung wurde weder vorgelegt noch beschlossen. Die französische CGT ist da weit doktrinärer: sie beschränkt sich darauf, Vertretung in den Luxemburger und Brüsseler Institutionen zu verlangen, konnte sich aber darüber hinaus zu keiner positiven Stellungnahme aufschwingen. Um das Bild noch mehr zu verwirren, haben die dem WGB angeschlossenen Verbände aus den EWG-Staaten im Herbst 1958 einen Koordinierungsausschuß für die Arbeit in den EWG-Organen eingesetzt, in denen sie aber bisher unvertreten sind. Weiter hat man von der Sache nichts gehört. Eine partei-offizielle Verdammung der EFTA steht noch aus.

Diese bisher noch nirgends systematisch behandelten Dinge zusammengetragen zu haben, ist *Beevers* besonderes Verdienst. Wenn man an seiner Pionierarbeit einen Mangel konstatieren muß, ist es das Fehlen eines Sach- und Personenregisters. Das ist leider eine weit verbreitete Unterlassungssünde.

#### ROMANO GUARDINI

*Wie ungeheuerlich der Vorgang (die nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden) war, zeigt sich an der Weise, wie das deutsche Volk seit dem Krieg sich zu ihm verhalten hat. Es ist ein Anlaß zu tiefster Beunruhigung, wie wenig das Geschehene es in seiner Gesamtheit beschäftigt hat. Wie wenig ihm zu Bewußtsein gekommen ist, was sich da eigentlich zugetragen hat und was das Geschehene für seine, des deutschen Volkes, ganze geschichtliche Existenz bedeutet.*

*Wie konnte es einfach weiterleben, als ob das alles nicht geschehen wäre? . . .*

*Es ist, als ob das Gewissen der Allgemeinheit vor der Furchtbarkeit des Geschehenen ratlos stünde. So sitzt dieses Geschehen wie ein stummer Block in ihrem Gemüt; unbewältigt und gefährlich.*

Aus einem Vortrag, gehalten im Frühjahr 1952 vor der Tübinger Studentenschaft; erschienen unter dem Titel „Verantwortung“ im Kösel-Verlag, München.